

#Lassunsreden

JUGEND

ZEIT

STELLUNGNAHME DER

AG EIGENSTÄNDIGE

JUGENDPOLITIK

SACHSEN

**FÜNFTER SÄCHSISCHER KINDER- UND JUGENDBERICHT DES
SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ**

September 2019

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz hat Ende Mai 2019 den Fünften Sächsischen Kinder- und Jugendbericht veröffentlicht. In der Kurzbeschreibung (<https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658>) ist als thematischer Schwerpunkt die Eigenständige Jugendpolitik (EJP) ausgewiesen.

Die *Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik Sachsen*¹ begrüßt diese Schwerpunktsetzung ausdrücklich! Seit nunmehr sieben Jahren arbeiten in unserer AG örtliche und überörtliche Akteure der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam an der *Entwicklung von Perspektiven für eine EJP in Sachsen*. Unsere AG begleitet und unterstützt mit ihren Fachveranstaltungen der Reihe „#lassunsreden Jugendzeit – Gespräche und Diskussionen zum Thema Jugendpolitik“ den Prozess der Entwicklung dieses Politikfeldes. Fachpolitische Höhepunkte waren dabei etwa die Veröffentlichung des „Eckpunktepapiers des Landesjugendhilfeausschusses zur Eigenständigen Jugendpolitik in Sachsen“² im Juni 2016 und im Oktober 2016 das Fachpolitische Hearing³ der #lassunsreden-Reihe im Dresdner Bärenzwinger. Auch die an der AG beteiligten Institutionen wirken mit ihren Angeboten auf die Entwicklung einer EJP in Sachsen hin. Begleitend dazu rief das Sozialministerium 2017 die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Eigenständige Jugendpolitik ins Leben und setzte dieses Thema auch als Schwerpunkt für den Fünften Sächsischen Kinder- und Jugendbericht.

In Anbetracht dieses Prozesses und der gemeinsamen Arbeit wäre es für uns folgerichtig gewesen, EJP auch als Titel zu setzen – stattdessen lautet die Überschrift nun „Jugendbeteiligung im Freistaat Sachsen“.

Der Titel deutet bereits an, was spätestens aus dem Inhaltsverzeichnis klar hervorgeht: Der Bericht skizziert EJP als Bestandteil von Jugendbeteiligung. Auch die Handlungsempfehlungen des Berichtes beziehen sich ausschließlich auf Jugendbeteiligung. Wir dagegen verstehen Jugendbeteiligung gemäß der Bundesjugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“⁴ als einen Bestandteil der EJP. Bei letzterer geht es nicht allein um Jugendbeteiligung – ob nun anlassbezogen, z.B. beim Spielplatzbau oder institutionell, z.B. im Jugendparlament. EJP nimmt Verwaltungshandeln in den Blick, und zwar auch bei Themen, die auf den ersten Blick womöglich nichts mit Jugend zu tun haben, etwa bei der Stadtplanung oder der Polizeiverordnung. Es geht stets um den Erhalt bzw. die Schaffung von Freiräumen für junge Menschen. Eigenständige Jugendpolitik versteht die Lebensphase Jugend als eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder, die in allen politischen Prozessen und Entscheidungen mitzudenken ist. Ein hilfreiches und unterstützendes Instrument ist hier z.B. der Jugendcheck oder auf kommunaler Ebene die Einführung von Jugendbeauftragten, die auf oberster Verwaltungsebene an den/die Bürgermeister/in angebunden sind.

Die Eigenständige Jugendpolitik verlangt einen grundlegenden Wandel der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Perspektive auf Jugendliche und junge Erwachsene, ähnlich wie ihn der Freistaat Sachsen bereits mit der Nachhaltigkeitsstrategie anstrebt. Infolgedessen schreibt die Staatsregierung ganz zu Recht im Fazit ihrer Stellungnahme zum 5. Kinder- und Jugendbericht: „Die Aufgabe jeder Institution und jedes Ressorts muss nunmehr sein, für sich selbst zu definieren, mit welchen Maßnahmen und Projekten sie die Prämissen und Ziele einer EJP erreichen kann und will, denn die konkrete Umsetzung der genannten Leitlinien liegt in der Verantwortung aller (politischen) Entscheidungsträger auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.“⁵

¹ <https://lassunsreden.info/#arbeitsgruppe>; Abruf am 27.08.2019

² https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/lja_Eckpunktepapier_Eigenstaendige_Jugendpolitik.pdf; Abruf am 27.08.2019

³ <https://lassunsreden.info/perspektiven.html?file=files/downloads/dokumentation/2016/4-Perspektiven-Fachpolitisches-Hearing.pdf>; Abruf am 27.08.2019

⁴ <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie--handeln-fuer-eine-jugendgerechte-gesellschaft-/77406>; Abruf am 27.08.2019

⁵ <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658/documents/52160>, S.43; Abruf am 27.08.2019

Diese Entwicklungen werden die Mitglieder der AG Eigenständige Jugendpolitik gern mit ihrer seit über sieben Jahren gewonnenen Expertise unterstützen. Hierfür stehen unsere Arbeitsergebnisse und Materialien unter www.lassunsreden.info ebenso wie die Mitglieder der AG und die Ansprechpartner bei der Jugendstiftung Sachsen zur Verfügung. Wir möchten in dieser Frage die Beteiligungsperspektive von Staatsministerin Barbara Klepsch gern aufgreifen und Sie in der Gestaltung eines „gemeinsamen Prozesses“ zur Entwicklung und Umsetzung einer EJP in Sachsen tatkräftig unterstützen.

Für Rückfragen, Unterstützung und Zusammenarbeit stehen wir selbstverständlich gern zur Verfügung.



AG Eigenständige Jugendpolitik
c/o JUST - Jugendstiftung Sachsen
Neefestrasse 82
09119 Chemnitz

E-Mail: jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de
www.lassunsreden.info

Ansprechpersonen: Georg Spindler & Ricardo Glaser

Ausführungen zur Stellungnahme der AG Eigenständige Jugendpolitik Sachsen – Diskussionspapier zu den zentralen Handlungsfeldern

Einordnung gesellschaftspolitischer Maßnahmen in die EJP

Auf dem Weg zu einem jugendgerechten Sachsen wurden mit dem Fünften Kinder- und Jugendbericht fachliche Grundlagen unter einem dezidierten Beteiligungsfokus zusammengestellt. Dies ist ein wichtiger Meilenstein und bildet eine hochwertige Basis zur Stärkung der Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und damit auch für die Festigung unserer demokratischen Gesellschaft.

Von einer ganzheitlichen Jugendstrategie der Staatsregierung erwarten wir eine darüber hinausreichende Einordnung gesellschafts- und jugendpolitischer Maßnahmen in den Gesamtzusammenhang EJP und damit eine Bezugnahme auf deren Schwerpunkte und Handlungsfelder.⁶

Ableitungen aus der IMAG Eigenständige Jugendpolitik (EJP) Sachsen

Wir teilen und unterstützen die Perspektive der Sächsischen Staatsregierung ausdrücklich, die von einer gesamtgesellschaftlichen Strategie spricht, durch welche die Bedürfnisse der Jugend politisch als Ganzes in den Fokus gerückt werden sollen. Wir verknüpfen hiermit auch die Erwartung, dass aus der erfolgreichen Arbeit der IMAG „EJP“ Ableitungen gezogen werden, wie interministeriell eine dezidierte Jugendperspektive kontinuierlich mitgedacht und zwischen den Ressorts abgestimmt werden könnte.

Eine gute Möglichkeit dazu sehen wir in der Verbesserung der Stellung des Landesjugendhilfeausschusses und dessen Einbeziehung in die Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse zu allen Belangen, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betreffen.

Gesundheit

Das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und die gesundheitlichen Aspekte der Jugendphase stellen den grundlegenden Rahmen dar, an dem sich eine EJP in Sachsen messen lassen muss und auf dessen Grundlage Ermöglichungspolitik aufbauen kann. Hierauf verweisen die Autoren des Fünften Kinder- und Jugendberichts gleichlautend wie die Sächsische Staatsregierung in ihrer Stellungnahme. Allerdings finden sich dazu in der Fachdiskussion nur ungenügende Aussagen und die Bedingtheit mit Fragen der sozialen Lage, der Ausgestaltung öffentlicher Sozialisation und der lokalen Lebensrealität wird kaum diskutiert.

Die AG EJP lädt daher für das Jahr 2020 im Rahmen einer #lassunsreden-Jugendzeit Veranstaltung zu einer dezidierten Befassung mit den Fragen ein, die hieraus für die Gestaltung einer EJP in Sachsen resultieren und wünscht sich eine gemeinsame Umsetzung mit dem Fachressort.

Non-formale und informelle Bildung

Eine wichtige Bildungslandschaft findet sich in den Sozialräumen junger Menschen. Hier gibt es Angebote der non-formalen Bildung (Jugend- und Kulturarbeit, Sport, Verbände, ...) die durch die Möglichkeiten der informellen Bildung (Familie, Peergroups, ungesteuerte Freizeitaktivitäten, ...) ergänzt und bereichert werden. Die Bedeutung beider Bildungskategorien wird durch die Sächsische Staatsregierung unterstrichen und hiermit ein grundsätzlicher Appell der Stärkung und des Ausbaus eben jener Angebote verbunden. Dem schließen wir uns ausdrücklich an, obgleich an dieser Stelle der Verweis auf prekäre Entwicklungen an der Basis von Jugend-, Kultur- und Verbandsarbeit nicht fehlen darf. Die Situation ist vor allem in pe-

⁶ siehe auch: Eckpunktepapier des Landesjugendhilfeausschusses zur Eigenständigen Jugendpolitik in Sachsen sowie Perspektivpapiere IV/2016 und I/2015; www.lassunsreden.info

riperen Räumen seit Jahren davon geprägt, dass Finanzierungen und in deren Folge Qualitäten rückläufig sind oder bestenfalls stagnieren und lediglich in den Ballungszentren Aufwüchse aufgrund steigender Zahlen von Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen sind.

Wir sehen die Notwendigkeit für ein entschiedenes Umsteuern, für eine Verbesserung der Finanzierung, Ausstattung und Arbeitsbedingungen von Fachkräften rings um die jugendkulturellen Infrastrukturen an der Basis. Die Verantwortung in den Regionen liegt gemäß gesetzlicher Regelungen bei den kreisfreien Städten und Landkreisen, fachliche Standards und politische Zielvorgaben werden jedoch auf Landesebene gesetzt, um einen gleichwertigen Ausbau im Freistaat zu garantieren.

Schulische Bildung

Die Schulzeit ist für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen und deren gesellschaftlicher Positionierung als junge Erwachsene von zentraler Bedeutung. In dieser Perspektive schließen wir uns der Sächsischen Staatsregierung an. Schulzeit nimmt nicht nur in zeitlicher und kognitiver Hinsicht eine zentrale Position in dieser Lebensphase ein, sondern auch in Fragen des Empfindens sozialer Zugehörigkeit, der Werte- und Moralentwicklung, der politischen Orientierung und der Ausprägung von Engagementbereitschaft. Daher gilt es, die Anstrengungen zur Entwicklung demokratischer Schulkulturen und zur Gestaltung als Lern- und Lebensorte konsequent fortzusetzen bzw. zu verstärken. Schule setzt den Rahmen, in dem alle Kinder und Jugendlichen mit Möglichkeiten der Beteiligung und Mitsprache in Kontakt kommen sollten und in der Demokratie als Alltagspraxis (Lebensform) verinnerlicht werden kann. Außerdem gilt es, milieuspezifische Teilhabebeschränkungen aufzubrechen und allen jungen Menschen durch die schulische Bildung chancengerechte Teilhabe und vielfältige Lebenschancen zu ermöglichen. Dies kann und muss Schule nicht allein aus sich selbst heraus leisten. Mit der Jugendarbeit gibt es weit über die Schulsozialarbeit hinaus einen kompetenten Partner, welcher mit seinen Prinzipien, Arbeitsweisen, Methoden und Erfahrungen Schulen bei dieser Entwicklung tatkräftig unterstützen kann.

Die AG EJP regt an, ressortübergreifend in die Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu investieren, welche eine für Schule und Jugendarbeit gewinnbringende Zusammenarbeit auf Augenhöhe, orientiert an den jeweiligen Stärken und Kompetenzen der beiden im Jugendbereich wichtigen Akteure ermöglicht. Schließlich ist die demokratische Schule, nach der Familie, in diesem Lebensalter der wichtigste Ort, an dem humanistische Wert- und Moralvorstellungen geprägt und die ethischen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Miteinanders reproduziert werden.⁷ Dies zu bewerkstelligen kann und sollte als gemeinsames Anliegen von Jugendarbeit und Schule jugendpolitisch verstanden und finanziert werden.

Digitalisierung

Die Staatsregierung verweist in ihrer Stellungnahme auf die Veränderungen der Lebenswirklichkeiten junger Menschen im Zuge der Digitalisierung sowie anderer gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Leider weisen weder die Digitalisierungsstrategie noch die überörtliche Jugendhilfeplanung des Freistaates Sachsen klare politische sowie fachliche Ziele und Handlungsstrategien auf, diese Entwicklungen proaktiv zu gestalten. Daher möchten wir den enormen Nachholbedarf der schulischen und außerschulischen Einrichtungen der Bildung und Freizeit⁸ hinsichtlich der Leistungsfähigkeit als kompetente Ansprechpartner und Begleiter benennen. Hierfür braucht es mehr als eine gesellschaftliche Fokussierung auf reine Modernisierungs- und Ausstattungsiniciativen. Es ist ein grundlegender fachlicher Diskurs über die Ausrichtung, Ausgestaltung und Ausstattung der verschiedenen Handlungsfelder notwendig. Wir regen hierzu eine Sichtung, Auswertung und Operationalisierung der nationalen wie internationalen Strategien in der Kinder- und Jugendarbeit (bspw. „Smarte Jugendarbeit“ der EU-Jugendministerkonferenz) sowie vergleichbarer außerschulischer Bereiche ebenso wie die konsequente Nutzung wissenschaftlicher

⁷ Siehe auch: Perspektivpapiere III/2016 und III/2017; www.lassunsreden.info

⁸ Bzgl. der Infrastruktur und Ausstattung ebenso wie dem durchschnittlichen Qualifikationsniveau der Fachkräfte.

Studien und Expertisen an, um in der Praxis auf Ansprüche und Bedarfe junger Menschen adäquate und vor allem auch attraktive Antworten und Angebote formulieren zu können. Daran anschließend müssen die Curricula der Hochschulen angepasst und neue Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote vorgehalten werden.

In diesem Kontext greifen wir die Perspektive einer Ermöglichungspolitik der Stellungnahme der Sächsischen Staatsregierung gern auf, die als Primat jugendpolitischen Handelns den Anspruch der individuellen Zugänglichkeit und Kompetenzerweiterung für ein selbstbestimmtes Agieren in digitalen Lebenswelten setzt und junge Menschen als eigenständig handelnde Personen ernst nimmt.

Familie

Mit einer Stärkung von Familien gehen zentrale Aspekte eines gesunden Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen einher. Wir unterstützen diese politische Schwerpunktsetzung und möchten ergänzend zu unseren anderen Ausführungen vor allem auf die Aspekte Anerkennung, Zeit, Mobilität und Freiraum verweisen. Grundlegend sind die Realitäten von Eltern in vielfältigen Familienmodellen anzuerkennen. Hierauf verweist die sächsische Staatsregierung und setzt Diversität von Lebensmodellen als einen zentralen Anker sächsischer Familienpolitik. Aus Sicht der EJP muss dieser Grundsatz auch auf Jugendliche übertragen und angewandt werden, die darin ermutigt werden sollen, ihren Bedürfnissen und Motiven der Lebensgestaltung zu folgen und hierin durch ihr soziales Umfeld in Familie, Schule und Freizeit Unterstützung erfahren sollten. In lokalen Initiativen zur Entwicklung familien- und jugendgerechter Kommunen erkennen wir vielfältige Ansatzpunkte und Chancen, um die Bedürfnisse sichtbar und örtliche Politik passgenauer zu gestalten und daher fordern wir eine verbesserte Förderung dieser Entwicklungsprozesse durch den Freistaat Sachsen. Familienzeit ist für junge Menschen ein zentrales Gut und diese wirkt sich insbesondere in der Kindheit sehr positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus.

Daher sehen wir in einer Verkürzung der gesetzlichen wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichzeitig progressiver Lohnpolitik einen entscheidenden Hebel, um Eltern flexible Möglichkeiten der familialen Alltagsgestaltung an die Hand zu geben.

Mobilität

Die Mobilität junger Menschen wird vor allem im ländlichen Raum durch Fahrgemeinschaften bzw. Fahrdienste von Eltern gewährleistet, da Angebote des öffentlichen Verkehrs nur ungenügend die Bedürfnisse befriedigen.

Hier sehen wir dringenden Bedarf zur (Wieder-)Einrichtung (flexibilisierter) öffentlicher Mobilitätsangebote, um einerseits Kindern und Jugendlichen mit steigendem Lebensalter die Möglichkeit zu geben, eigenständig und selbstbestimmt Wege zu organisieren und andererseits Eltern in ihrer Mehrfachbelastung zu entlasten. Für Schüler/innen, Auszubildende und Studierende sollten Aufwendungen für die öffentlich organisierte Mobilität zudem öffentlich finanziert werden.

Wohnen

Für Menschen in den urbanen Zentren Sachsens stellen sich in der Frage des Wohnraums zunehmend trübe Aussichten ein. Umzüge in bedarfsgerechten, nach einer Familiengründung in aller Regel größeren Wohnraum, gestalten sich nicht nur aus finanziellen Gründen aktuell schwierig. Für Jugendliche auf dem Sprung in die Selbständigkeit entstehen in diesem Kontext analoge Probleme.

Hier erwarten wir eine progressive Wohnungspolitik seitens der Sächsischen Staatsregierung, die auch Bedürfnisse einkommensarmer Milieus und Realitäten jenseits berufstätiger Zwei-Eltern-Familien anerkennt und konzeptionell mitdenkt.

Bildungsübergänge

Die Gestaltung von Bildungsübergängen, die Berufsorientierung sowie ein erfolgreicher Start in ein selbständiges Leben sind zentrale Handlungsschwerpunkte einer EJP in Sachsen, die auch seitens der Staatsregierung gesehen und mit entsprechenden Handlungsstrategien⁹ umgesetzt werden. Wir treten unverändert für eine jugendpolitische Strategie ein, mit der die Freiräume, Wahlmöglichkeiten und strukturelle Fehlerfreundlichkeit für alle junge Erwachsenen vergrößert wird und gleichzeitig diejenigen jungen Menschen, die Unterstützung, Begleitung und Befähigung, sprich einen verlässlichen Rahmen benötigen, nicht aus den Blick geraten¹⁰. Insofern werden verschiedene Maßnahmen und jugendpolitische Ansätze zu kombinieren sein, um die gesellschaftlichen Erfordernisse nach Freizügigkeit und Individualität zu befördern und prekäre Lebenswirklichkeiten und Erschwernisse hierüber nicht auszublenden.

Die AG EJP regt hierzu einen ressortübergreifenden Austausch von Ansätzen zwischen den Staatsministerien für Soziales, Kultus und Arbeit sowie nichtstaatlichen Akteuren in diesen Handlungsfeldern und ein koordiniertes Vorgehen in konkreten Maßnahmen an.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Fragestellungen der lokalen, regionalen und gesellschaftlichen Entwicklung ist eine politische Forderung, die seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention politische Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland ist. Im Freistaat Sachsen wird dieser Anspruch in vielen Regelungen und Ausführungsbestimmungen ebenso wie in der Praxis demokratischer Bildungs- und Freizeitinstitutionen gelebt und in der beendeten Legislatur auch gegenüber den Gemeinden und Kommunen verstärkt eingefordert.¹¹ Der vorliegende Kinder- und Jugendbericht unterstreicht die jugendpolitische Bedeutung der Mitsprache und Mitbestimmung von Jugendlichen durch seine Schwerpunktsetzung fachlich. Die Mitglieder der AG EJP sehen in dieser politischen Strategie verbesserte Chancen für zukunfts- und vor allem jugendgerechte Politikgestaltung auf kommunaler Ebene sowie auf Landesebene im Freistaat Sachsen. Mit der Stärkung der berechtigten Perspektiven von jungen Menschen sowie Familien in der Politik können lokale Standort- und Haltefaktoren ausgeprägt werden, die hinsichtlich der demographischen Entwicklung Win-Win-Charakter haben und unmittelbar Demokratie und Bürgerschaft im Alltag der Jugend erlebbar machen. Besonders in den peripheren Räumen ist diese Fokussierung dringend erforderlich, da mit ihr auch flankierende Bedarfe und Unterstützungsstrukturen¹² in den Blick lokaler Entscheidungsträger geraten.

Wir regen eine gezielte Unterstützung derjenigen Kommunen und Landkreise an, die sich auf diese Prozesse¹³ einlassen. So können geförderte und professionell begleitete Zertifizierungsprogramme für Landkreise und Kommunen den Anreiz erhöhen, um die lokalen Akteure zu aktivieren und politische Beschlüsse zu

⁹ Bspw. die Berufsorientierungsinitiative „SCHAU REIN!“ und die Jugendberufsagenturen und andere, <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658/documents/52160>, S.18; Abruf am 27.08.2019

¹⁰ Siehe auch: Perspektivpapier I/2018; www.lassunsreden.info

¹¹ Entsprechend erfolgten Änderungen in der Sächsischen Gemeinde- und Landkreisordnung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Soll-Bestimmung). [https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/2754-Saechsische-Gemeindeordnung \(§47a\)](https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/2754-Saechsische-Gemeindeordnung-%28%2447a%29) // [https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3264-Saechsische-Landkreisordnung \(§43a\)](https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/3264-Saechsische-Landkreisordnung-%28%2443a%29); Abruf jeweils am 27.08.2019

¹² Wie bspw. Entfaltungs- und Erprobungsräume, Begleitung durch erwachsene Mentor/innen im Sinne einer Scharnier- und Übersetzungsfunktion zur lokalen Politik, Kompetenz- und Wissenserwerb u.v.m. siehe auch: Perspektivpapier II/2016, II/2015 und III/2015; www.lassunsreden.info

¹³ Bspw. mit der politischen Priorisierung einer Entwicklung zur jugend- oder familiengerechten Kommune oder der Etablierung konkreter Formen der lokalen Jugendbeteiligung.

fassen. Diejenigen Kommunen, die konkret die Soll-Bestimmung der sächsischen Gemeinde- und Landkreisordnung umsetzen, könnten mit einem Bonusprogramm¹⁴ bestärkt und unterstützt, die Strahlkraft des gesetzlichen Anspruchs erhöht werden.

Jugendcheck

Neben der unmittelbaren Beteiligung junger Menschen sehen wir zudem in der Einführung des Jugendchecks¹⁵ auf kommunaler und übergeordneter Ebene einen enorm wichtigen Beitrag, um nicht-intendierte Folgen politischer Vorhaben und Gesetze auf die Lebensrealität junger Menschen sichtbar zu machen, um diese politisch abzumildern und Erwachsene in Politik, Verwaltung und Gesellschaft verlässlich für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren. Mit dem Jugendcheck steht ein Ansatz zur Verfügung, der als Instrument aufwandsarm in die Regelabläufe von Politik und Verwaltung integriert werden kann und stabil einen Beitrag zur Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse und Belange der Lebensphase Jugend leisten würde.

Wir möchten die Staatsregierung dazu anregen, ein dezidiertes Bekenntnis abzugeben zur Entwicklung und Einführung eines Jugendchecks auf Landesebene in allen Ressorts, durch den die (nicht intendierten) Auswirkungen von politischen Entscheidungen und von Verwaltungshandeln auf die Lebensbedingungen und Lebenschancen von jungen Menschen sichtbar würden.¹⁶

Jugendinteressenvertretung in Kommunal- und Landespolitik

Die lebensweltlichen Realitäten junger Menschen hängen ebenso wie die Infrastrukturen und Personalressourcen der außerschulischen Jugendorte von der Qualität kommunal- bzw. landespolitischer Entscheidungen ab und somit muss es die Zielsetzung einer EJP in Sachsen sein, dieses Arbeitsfeld zu stärken und dessen Akteure im Sinne einer wirksamen Jugendinteressenvertretung handlungsfähig zu machen. In der Stellungnahme zum Fünften Kinder- und Jugendbericht verweist die Staatsregierung in der Diskussion zur Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe explizit auf den „Zusammenhang mit der Jugendhilfeplanung der Gebietskörperschaften“¹⁷. Die konsequente jugendpolitische Antwort des Landes indes bleibt mit Verweis auf einen Arbeitsprozess¹⁸ zur Situation der Jugendarbeit gem. §11 SGB VIII unter Federführung des Landesjugendamtes offen, wobei gerade hier die Chance bestünde, ein verbindliches Minimalniveau in der Ausstattung und Durchdringung sowie ein verbindliches Geländer für die fachliche Arbeit¹⁹ zu setzen.

Wir werden uns nach Möglichkeit in den skizzierten Arbeitsprozess mit der Zielsetzung konkreter Fachstandards und Qualitätsaussagen für außerschulische Jugendinfrastrukturen einbringen und planen die Umsetzung einer spezifischen Lassunsreden-Veranstaltung mit Akteuren des Arbeitsfelds in 2020.

Leitlinien für eine EJP in Sachsen

Im Resümee der Stellungnahme werden durch die Staatsregierung Leitlinien für eine EJP in Sachsen formuliert, die durch die AG EJP zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Dennoch möchten wir in zwei Dimensionen die Position kritisch reflektieren, da in diesen eine verkürzte Perspektive auf und eindimensionale Wahrnehmung von jungen Menschen sichtbar werden, die sich später im konkreten roll-out einer EJP im Sinne jugendpolitischer Gesetze, Richtlinien und Maßnahmen niederschlagen.

¹⁴ Bspw. innerhalb der Jugend- oder Engagementförderung oder mittels abrufbarer Unterstützungsangebote.

¹⁵ Siehe auch: Perspektivpapier I/2017 und II/2017; www.lassunsreden.info

¹⁶ Siehe auch: Perspektivpapier I/2017; www.lassunsreden.info

¹⁷ <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658/documents/52160>, S. 29; Abruf am 27.08.2019

¹⁸ https://www.landesjugendamt.sachsen.de/download/Verwaltung/Lja_Situation%20der%20Jugendarbeit.pdf; Abruf am 27.08.2019

¹⁹ Fachstandards existieren im Arbeitsfeld des §11 SGB VIII seitens des Landesjugendamts nicht, obgleich nahezu alle anderen Arbeitsfelder auf Empfehlungen des LJA/LJHA zurückgreifen können.

Die Leitlinie einer jugend- und familiengerechten Gesellschaft erscheint inhaltsleer, wenn diese Prämisse nicht mit konkreten Vorstellungen von einer lebenswerten und gerechteren Zukunft einhergehen. Dass die Interessen und Rechte junger Menschen und deren Familien in den Fokus politischen Handelns gerückt werden, kann im Zweifelsfall konkurrierender Ansichten den Status Quo nicht verschieben. Vielmehr erachten wir es in dieser Frage als unumgänglich, sich gesellschaftspolitisch zu positionieren und klar herauszustellen, wie es gelingen kann, die „unterschiedlichen Startchancen“ hinsichtlich sozialer, kultureller, ökonomischer, regionaler und körperlicher Bedingungen zu kompensieren.

Über Vielfalt sprechen, Differenzen anerkennen und Identitäten zu gewinnen sind wichtige und notwendige Schritte. Wollen wir die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen und von Familien wirklich ernstnehmen, dann müssen wir allerdings auch gesellschaftlich über Macht, Zugriff und Verteilungsfragen sprechen, um nachhaltige Veränderungen erreichen zu können.

Eine andere Leitlinie reflektiert die Notwendigkeit der Stärkung von Selbstwirksamkeitserfahrungen junger Menschen und zielt auf die „ressortübergreifend[e Vermittlung von] Verbraucher- und Alltagskompetenzen“²⁰ ab. Neben der Tatsache, dass in unserer Gesellschaft Verbraucherhandeln in den Alltag sowohl von Kindern als auch Jugendlichen integriert ist und somit deren separate Betonung zumindest überrascht, sind wir verwundert, dass in einer Zeit populistischer, demokratie- und rechtsstaatsgefährdender Mobilisierung Jugendliche seitens der Staatsregierung offenbar stark eingeschränkt in ihrer Rolle als aktive Verbraucher in den Blick genommen werden.

Wir wünschen uns insbesondere eine Thematisierung und jugendpolitische Schwerpunktsetzung bei den Aspekten der politischen Bildung, der Werte- und Moralorientierung und somit die Frage nach demokratischer Bürgerschaft, welche quer durch alle Leitlinien bisher fehlt.

Wir freuen uns auf die fachliche Diskussion und den gemeinsamen Austausch über die Weiterentwicklung jugendpolitischer Prämissen und Maßnahmen im Freistaat Sachsen und stehen mit der gesammelten Expertise der Mitglieder der Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik für partizipative Prozesse zur Verfügung.

²⁰ <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/10658/documents/52160>, S. 41; Abruf am 27.08.2019